

# Dresdener Volkszeitung

Vollschickkonto: Dresden  
Sabon & Comp., Nr. 1268

Organ für das werktätige Volk

Verkaufsstelle: Gebr. Arnhold, Dresden  
und Sächsische Staatsbank

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Einzelhefte 5 Pfennig, 10 Pfennig mit den wöchentlichen Beilagen  
Monat 1 M., Einjahresnummer 10 M.  
Verkaufsstelle: Dresdener Volkszeitung

Verkaufsstelle: Meißnerplatz 10, Fernsprecher Nr. 2631, Sprech-  
stunden nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.  
Schickadresse: Meißnerplatz 10, Fernsprecher Nr. 2631 und 12 77  
Schickfrist von 12 bis 5 Uhr nachmittags.

Wochenpreis: Grundpreis: die 3 mm breite Monatspreis-  
liste 20 Pf., die 50 mm breite Monatsliste 1,50 M., für auswärts  
zusätzlich 2 Pf., und 2 Pf. für Fernschickung. Stellen- und Miet-  
gelände 40 Gros. Rabatt für Kleinverleger 10 Pf.

Nr. 289

Dresden, Montag den 13. Dezember 1926

37. Jahrg.

## Reichsrat und Personalpolitik

Die Heranziehung von Nichtbeamten!

Der Reichsrat, 13. Dezember. (Eig. Funkdruck.) Der Reichsrat hat am Sonntag den 12. Dezember in Berlin tagend, nahm u. a. auch eine Entschließung über die Heranziehung von Nichtbeamten in die Personalpolitik der Reichsregierung auf. Die Entschließung ist im wesentlichen folgende: Die Personalpolitik der Reichsregierung ist in der Hauptsache die Personalpolitik der Reichsverwaltung. Die Personalpolitik der Reichsverwaltung ist in der Hauptsache die Personalpolitik der Reichsverwaltung. Die Personalpolitik der Reichsverwaltung ist in der Hauptsache die Personalpolitik der Reichsverwaltung.

Die Personalpolitik der Reichsverwaltung ist in der Hauptsache die Personalpolitik der Reichsverwaltung. Die Personalpolitik der Reichsverwaltung ist in der Hauptsache die Personalpolitik der Reichsverwaltung. Die Personalpolitik der Reichsverwaltung ist in der Hauptsache die Personalpolitik der Reichsverwaltung.

Die Personalpolitik der Reichsverwaltung ist in der Hauptsache die Personalpolitik der Reichsverwaltung. Die Personalpolitik der Reichsverwaltung ist in der Hauptsache die Personalpolitik der Reichsverwaltung. Die Personalpolitik der Reichsverwaltung ist in der Hauptsache die Personalpolitik der Reichsverwaltung.

Die Personalpolitik der Reichsverwaltung ist in der Hauptsache die Personalpolitik der Reichsverwaltung. Die Personalpolitik der Reichsverwaltung ist in der Hauptsache die Personalpolitik der Reichsverwaltung. Die Personalpolitik der Reichsverwaltung ist in der Hauptsache die Personalpolitik der Reichsverwaltung.

Die Personalpolitik der Reichsverwaltung ist in der Hauptsache die Personalpolitik der Reichsverwaltung. Die Personalpolitik der Reichsverwaltung ist in der Hauptsache die Personalpolitik der Reichsverwaltung. Die Personalpolitik der Reichsverwaltung ist in der Hauptsache die Personalpolitik der Reichsverwaltung.

Die Personalpolitik der Reichsverwaltung ist in der Hauptsache die Personalpolitik der Reichsverwaltung. Die Personalpolitik der Reichsverwaltung ist in der Hauptsache die Personalpolitik der Reichsverwaltung. Die Personalpolitik der Reichsverwaltung ist in der Hauptsache die Personalpolitik der Reichsverwaltung.

## Mysterien des Reichswehretats

Der unmögliche Gehter

H. F. Das Maß ist voll, zum Ueberfließen voll! So kann man wohl die Stimmung bezeichnen, die nunmehr nicht nur in linkspolitischen Kreisen, sondern weiter hinein ins Bürgertum gegen den verantwortlichen Reichswehrminister herrscht. Die Reichsparteien halten fest und trenn zusammen mit Herrn Gehter. Der „Demokrat“ hat seine festeste Stütze in der schwarzjüdischen Reaktion.

Gehter suchte jahrelang die öffentliche und eintägige Empörung über die unerhörten Zustände in der Truppe der Republik durch die Drohung mit dem Landesverratspatagraphen zu unterbinden. Nur zu lange ist ihm dies gelungen. Endlich aber ist das Eis gebrochen. Die Entlassung von Seckel hat den Lauf der Dinge nicht länger aufzuhalten vermocht.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat sich sofort nach Zusammentritt des Reichstages eingehend mit den Zuständen in der Reichswehr beschäftigt und zur Sichtung und Bewertung des massenhaften Materials einen besonderen Ausschuss gewählt. Dieses Material ist zunächst mit ganz konkreten Fragen und Forderungen der Regierung ultimativ gestellt worden. Im Laufe dieser Woche steht eine große Förderung der Angelegenheit in öffentlicher Sitzung des Reichstages bei der dritten Lesung des Reichswehretats bevor.

Es wird sich zeigen, ob der Minister noch weiter die Stirn gegen die mit Ablehnungsvorwürfen das von ihm gepflegte System zu retten und zu verteidigen. Er leugnete bisher ja alles, selbst die einwandreichsten schriftlichen Dokumente, wie er es in der Presse noch in den letzten Tagen auch den von Seckelmann im Reichstagsklub erörterten aufsehen-erregenden Briefen gegenüber getan hat.

Dass eine schwarze Reichswehr bestanden hat, mußte Gehter unter der Wucht der Beweise endlich zugeben. Doch sie noch bestritten, bestritten er weiter. „Der Mann lügt, wenn er den Mund aufst“ — so wurde kürzlich nicht mit Unrecht gesagt. Die Beweise für dieses Ablehnungssystem sind erbracht. Man kann nun noch den alten Schein geben. Außer dem, was bereits bekannt wurde, kann weiter noch folgendes als feststehend bezeichnet werden. Es besteht eine ziemlich unmittelbare, enge Verbindung zwischen

Reichswehr und den sogenannten Wehrverbänden. Diese Verbände sind insbesondere hervorgegangen aus dem früheren oberirdischen Grenzschutz. Auf „Dienstvertrag“ angestellte Offiziere bilden das Bindeglied zwischen Reichswehr und Wehrverbänden. Sie dienen auch als Ersatz für die früheren Bezirkskommandos. Wie früher beim Militär werden die Mitglieder der Wehrverbände vereidigt. Daneben tragen die zahlreichen Kleinkaliberclubs eine besondere gefährliche Charakter. Das sie „Sport“ treiben, wird nur vorgetäuscht. Junge Leute werden zum Teil auf Reichswehr-„Übungsplätzen“, im Schießen ausgebildet. Die Gebote, die dazu benutzt werden, unterscheiden sich nur durch das kleinere Kaliber von Militärgewehren, die auf 250 Meter sicher schießen. Das Geheiß durchschlägt nach dieser Entfernung noch starke Eisenbohlen. Diese Waffen werden meist vom Auslande bezogen, in dem sich deutsche Waffenfabriken befinden. Göring hat in der Reichsbannerzeitung in einem Artikel darauf hingewiesen, daß der „Reichsausschuß für Wehrübungen“, eine mit Staatsgeldern unterstützte Organisation, den Zusammenschluß der Kleinkalibervereine besorgt. Er erklärt weiter, daß diese das Schießen über den Berg hinaus gegen die gesetzlichen Vorschriften verstoßen. Die Flinten sind mit Sicherung, Wehrladevorrichtung, verstellbarem Visier usw. versehen. Die Läufe haben eine starke Wand, so daß sie sehr leicht für größere Kaliber ausgebohrt werden können. Die Kleinkalibervereine sind auch dem Ausland in ihrer ganzen Struktur bekannt. Ueber sie wurde sogar in den Rapporten der französischen Rheinarmee gesprochen! Die französische Presse berichtete dann darüber: — Dieselben Verbindungen derartiger Organisationen bestehen auch mit der Marine. Hier besorgen zum Teil Leute die Vermittlung als bezahlte Angestellte, die das jederzeit auf Seckel geplante Attentat mit vorbereiten halfen!

Weiteres gravierendes Material wird in der Nummer der Wehrzeitung vom 3. Dezember in einem langen Aufsatz gebracht. Der Gewährsmann ist, wie das Blatt sagt, ein „Sachkenner ersten Ranges“. Danach soll „das 100 000-Mann-Heer der Reichswehr im Kriegszustand ergründet werden durch

## Die Kontrolle gefallen!

Aufhebung der interalliierten Kontrollkommission am 31. Januar — Das Nachforschungsrecht hat der Völkerbund

T. Genf, 13. Dezember. (Eig. Funkdruck.)

Am Sonntag wurde in Genf über das Ende der Militärkontrolle in Deutschland nach zwei längeren Verhandlungen eine endgültige Vereinbarung erzielt, und zwar in dem Sinne, daß die interalliierte Kontrollkommission am 31. Januar 1927 Deutschland endgültig verlassen wird. Die Vereinbarung wurde in einem Protokoll unterzeichnet. Es lautet:

Am Verlauf einer Besprechung, die am 12. Dezember 1926 in Genf zwischen den Vertretern der Regierungen von Deutschland, Belgien, Frankreich, England, Italien und Japan über die vor der interalliierten Militärkontrollkommission noch schwebenden Fragen stattgefunden hat, ist zunächst mit Genehmigung schwebend worden, daß über den weiteren Verlauf der über 100 Fragen, über die zwischen den genannten Regierungen im Juni 1925 über die Ausführungen der militärischen Bestimmungen des Vertrages von Versailles Streit war, eine Verhandlung erzielt worden war. Nur über zwei Fragen blieb die Verhandlung noch aus, aber alles berechtigt zu der Annahme, daß auch diese beiden Fragen geregelt werden können, denn es ist folgendes vereinbart worden:

1. Die diplomatischen Erörterungen über die Frage der Bestimmungen und des Kriegsmaterials werden von der Kontrollkommission fortgesetzt werden. Es werden neue Verhandlungen gemacht werden, um die Erörterungen zu fördern und einen Abschluss zu erreichen.

2. In der Zwischenzeit bis zur Erzielung einer Lösung werden alle in Rede stehenden Arbeiten in den Beständen eingestellt, unter Beachtung des Rechts der Parteien, ihren Rechtsstandpunkt aufrechtzuerhalten.

3. Die interalliierte Militärkontrollkommission wird am 31. Januar 1927 aus Deutschland zurückgezogen. Von diesem Tage an findet Artikel 213 des Friedensvertrages von Versailles der vom Völkerbund ratifizierten Beschlüsse keine Anwendung.

4. Wenn an diesem Tage die bezeichneten Fragen wider Erwarten noch keine endgültige Lösung gefunden haben sollten, werden sie an den Völkerbund verwiesen.

5. Alle alle Fragen, die mit der Ausführung der erzielten Vereinbarung zusammenhängen, kann jede der Regierungen auf der Kontrollkonferenz vertretenen Regierungen ihrer Jurisdiktion in Berlin einen technischen Sachverständigen attachieren, der notwendig ist, mit den zuständigen deutschen Behörden im Verkehr zu stehen.

6. Insbesondere wird zu Punkt 4 die Auffassung vertreten, daß von dem Völkerbund nur in Rechtsfragen statfinden kann. Falls der Rat selbst eine Lösung nicht zu finden vermag, wird er nach deutscher Auffassung über die kritischen Punkte ein Rechtsmandat des Völkerbundes einholen.

Der Sonderkorrespondent des Soz. Pressedienstes in Genf telegraphiert zu dem Abschluß der dortigen Verhandlungen u. a.: Der Optimismus Briands, auf den wir vor zwei Jahren hingewiesen haben, hat recht behalten:

Man ist „über den Berg hinüber“, aber die Stunden, die hinter uns liegen, waren in gewissen Augenblicken kritisch, ja sogar kritischer, als es selbst den aufmerksamsten Wehrbeauftragten hier sichtbar wurde. Was im Laufe der Nacht vom Sonntagabend auf Sonntag zwischen dem Hotel Des Bergues, in welchem die französische Delegation wohnt, und dem Pariser Finanzministerium, in dem sich das französische Kabinett versammelt hatte, sich abspielte, hat, was wahrscheinlich dramatischer, als es die geschickte Verschleierrung Briands erkennen lassen wird. Der erste Ton des französischen Außenministers während der Rede, die er am Sonntagabend anlässlich der Begrüßung zum Nobelpreis im Völkerbund hielt, war allerdings allgemein stark aufgeföhnt. Und doch konnte Briand zu jener Stunde noch nicht wissen, was in der zweiten Nachmittagsitzung, die das französische Kabinett abgehalten hatte, beschlossen worden war.

Nach allem, was in den französischen Kreisen erzählt wird, hat Briand seine Kollegen in Paris nicht im Zweifel darüber gelassen, daß er einen Versuch, seine französisch-deutsche Annäherungspolitik zu durchkreuzen, mit der Delegation beantwortet würde, und daß er diesmal Genf nicht verlassen würde, ohne das Datum für die Abberufung der interalliierten Militärkontrollkommission endgültig festgelegt zu haben. Dasjenige Mitglied des Kabinetts, das berufen schien, in der Abwesenheit Briands der Hauptverteidiger seiner Politik zu sein gegenüber den Angriffen der Herren Tardieu und Louis Marin (die sich nach allem, was hier verlautet, unverföhnlischer zeigen als der Ministerpräsident Poincaré), nämlich Herriot, wohnte jener Sitzung am Sonntagabend nicht bei. Trotzdem hat schließlich der Ministerrat Briand gewisse Vollmachten gelassen, die es ermöglichen, am Sonntagabend nach vielstündigen Verhandlungen, die unter Chamberlains Vorsitz stattfanden, zur Einigung zu gelangen. Gewissen Anregungen, die in letzter Stunde aus Paris kamen, die Festlegung des Datums für die Abberufung der interalliierten Militärkontrollkommission der Kontrollkonferenz zu überlassen, hat die französische Delegation, deren zwei führende Mitglieder, Briand und Genosse Paul Poincaré, die entscheidende Verantwortung tragen, glücklicherweise nicht stattgegeben.

Nach in seiner Sonntagsausgabe forderte der offizielle Pariser Temps, die Kontrollkonferenz nicht um ihre bestehenden Rechte zu bringen. Nun bleibt zwar der Kontrollkonferenz auf Grund der am Sonntag gegen 6 Uhr getroffenen Vereinbarungen die Erledigung der von etwa 100 Konfliktpunkten noch übriggebliebenen zwei Fragen (betreffend die Festlegung der Ausfuhr von Kriegsmaterial und die Abberufung der interalliierten Militärkontrollkommission) vorbehalten, aber denjenigen, die die Frage der interalliierten Militärkontrollkommission zu benutzen hofften, um politisch im

Reich zu fischen, ist durch die endgültige Festlegung des Datums für ihr Ende der Boden entzogen worden. Daß die Idee eines besonderen schiedsgerichtlichen Verfahrens, die zur Klärung der zwei noch strittigen Fragen am Sonntag ins Auge geföhrt worden war, wieder ausgegeben und die Anrufung des Völkerbunds im Falle einer Nichtverständigung zwischen der Kontrollkonferenz und Deutschland vereinbart worden ist, hat eine klare Situation geschaffen und entzieht denjenigen, die sich schon anschickten, eine Zwischenlösung zur Herabsetzung des Völkerbundes vor der öffentlichen Meinung zu benutzen, ein leicht irreföhrendes Argument.

Mit den Vereinbarungen ist wieder ein wichtiger Schritt vorwärts gemacht worden auf dem Wege, den man in Locarno einschlug. Was die Berliner sozialistische Rüstungskonferenz schon im April 1923 gefordert hat, die Ersetzung der Rhein-Interalliiertenkontrolle durch eine Kontrolle des Völkerbundes, was jüngst Luxemburgs sozialistische Konferenz wieder aufs neue forderte, ist nun endlich verwirklicht worden. In beiden Ländern — Frankreich und Deutschland — werden die nationalpolitischen Elemente die Außenminister der „Vernachlässigung nationaler Interessen“ zeihen. Richtete doch schon am Sonntag der Pariser Interfranzösisch, ehe die endgültigen Beschlüsse in Genf geföhrt waren, einen äußerst scharfen Angriff gegen Briands Nachgiebigkeitspolitik gegenüber Deutschland. Es scheint sicher, daß die Vorgänge der letzten Tage noch Folgen haben werden, die über den Rahmen der hier geföhrteten Verhandlungen hinausgehen. Die Widerstände, die sich innerhalb des Kabinetts Poincaré gegen die Politik Briands gezeigt haben und die der französische Außenminister nur durch eine äußerst energiegeladene Haltung überwinden zu haben scheint, haben den Eindruck verstärkt, daß die Zusammenfügung der gegenwärtigen Pariser Regierung ebensowenig eine Erleichterung für die Fortführung der Briandschen Politik bildet, als es etwa eine Rückkehr der Deutschnationalen in die Reichsregierung für die Politik Stresemanns bilden würde.

Wenn man mich zwingen will, vor Deutschland zu treten, nun so bin ich dazu bereit. Vor Wahlen und dem Spruch des französischen Volkes fürchte ich mich nicht. Im Gegenteil“, erklärte Briand am Sonntag morgen, als er von der ersten Sitzung der Ministerrat zurückkehrte. Der Reichsaussenminister Dr. Stresemann dürfte wohl das gleiche vom deutschen Volke sagen, wenn er den nationalpolitischen Treibern, denen auch die Rede seines Parteigenossen Schell diente, entgegenzutreten wollte. Die Masse des deutschen Volkes steht zur Verständigungspolitik und akzeptiert und verteidigt jeden Schritt, der nach vornwärts und nach außen endlich durchgeführt wird.